



Körtestr. 10  
10967 Berlin  
Telefon: 030/698 07 40  
Telefax: 030/693 81 66  
E-Mail [ippnw@ippnw.de](mailto:ippnw@ippnw.de)  
[www.ippnw.de](http://www.ippnw.de)

Vorstand

Dr. Sabine Farrouh  
Susanne Grabenhorst  
Matthias Jochheim  
Christoph Krämer  
Dr. Martin Sonnabend  
Reinhold Thiel  
Ursula Völker  
Dr. Jens Wagner  
International Councillor  
Dr. Helmut Lohrer  
Deputy International Councillor  
Dr. Eva-Maria Schwienhorst  
Ehrenvorstandsmitglieder  
Prof. Dr. Ulrich Gottstein  
Prof. Dr. Dr. Horst-Eberhard Richter

Wissenschaftlicher Beirat

Dr. Jan van Aken  
Prof. Dr. Andreas Buro  
Dr. Dieter Deiseroth  
Prof. Dr. Dr. Hans-Peter Dürr  
Dr. Heinz Loquai  
Prof. Dr. Götz Neuneck  
Prof. Dr. Norman Paech  
Prof. Dr. Inge Schmitz-Feuerhake  
Prof. Dr. Otmar Wassermann



Bundesminister für Gesundheit  
Daniel Bahr  
Bundesministerium für Gesundheit  
Rochusstr. 1

53123 Bonn

Berlin, den 20. Mai 2011

### Offener Brief

Sehr geehrter Herr Minister Bahr,

der Vorstand der IPPNW gratuliert Ihnen zur Übernahme des Ministeramts im Gesundheitsressort. Wir verbinden damit die Hoffnung, dass Sie ihrer kritischen Einstellung gegenüber der elektronischen Gesundheitskarte treu bleiben.

Im Bündnis „Stoppt die e-Card“ hat die IPPNW an der Pressekonferenz teilgenommen, in der Sie am 23.04.2009 feststellten, das Gesundheitsministerium verstoße gegen die eigene Verordnung, wenn die 100.000er Tests nicht vor dem Rollout durchgeführt würden. „Es geht hier um die sensibelsten Daten der Patienten überhaupt. Da darf kein Missbrauch mit getrieben werden“ fügten Sie hinzu. Ein Problem seien auch die freiwilligen Anwendungen der Karte. Die Regierung habe nicht einmal überhaupt dargelegt, dass sich das Projekt rechnen, aber es sei abzusehen, dass dies nur über die so genannten Mehrwertdienste gelingen könne. „Sollten die Bürger sie nicht nutzen, könnte politischer Druck entstehen, sie verpflichtend zu machen.“ Als es in den Testregionen zu Problemen mit der PIN-Eingabe gekommen sei, habe es sofort die Forderung aus dem Ministerium gegeben, auf die PINs zu verzichten, warnten Sie.

Als Ärzte in sozialer Verantwortung fordern wir Sie auf, das Projekt E-Card zu stoppen, denn die Möglichkeit der Übertragung persönlichster Krankheitsdaten in bundesweite Servernetze missachtet die Schweigepflicht der Ärzte, hebt die informationelle Selbstbestimmung der Versicherten auf und konterkariert die vom Gesetzgeber bestimmten Ziele:

- Auf diese Weise verbesserte Transparenz führt zu „gläsernen Patienten und gläsernen Ärzten“.
- Statt Qualitätssteigerung der Versorgung frisst die Karte Zeit und Geld und ist auch mit den elektronischen Notfalldaten in jeder realen Notsituation nicht zuverlässig verwendbar

Sie wissen, dass die Tests gescheitert sind. Wie begründen Sie heute den Widerspruch, trotzdem mit Zwangsmaßnahmen gegen die Kassen und mit Desinformationen der Ärzte die Karte und online-Lesegeräte einzuführen?

Sie wissen auch, dass keine Macht der Welt so große Datenmassen im Internet dauerhaft schützen kann und Datenskandale an der Tagesordnung sind. Deshalb haben 750.000 Bürger die Initiative „Stoppt die e-Card“ unterschrieben.

Bitte setzen Sie sich für das Interesse der Patienten und des medizinischen Personals ein, damit die Ausgaben - bis zu 14 Milliarden Euro - aus Versicherungsbeiträgen nicht zu Profiten der IT-Industrie und von Mehrwertdiensten, sondern für gute medizinische Versorgung verwendet werden.

Wir appellieren an Sie, sich für ein soziales und an Menschenrechten orientiertes Gesundheitswesen so einzusetzen, dass Profitinteressen dabei sekundär bleiben.

Mit freundlichen hochachtungsvollen Grüßen



Matthias Jochheim  
Vorsitzender

